

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 604) betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in die Schule (Zahl 21 - 425) (Beilage 684).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in die Schule, in ihrer 14. und abschließend in ihrer 15. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. November 2016, beraten.

Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA wurde in der 14. Sitzung zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem ergänzenden Bericht stellte Landtagsabgeordneter Mag. Sagartz, BA den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend mehr Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis in die Schule, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 23. November 2016

Der Berichterstatter:
Mag. Sagartz, BA eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Dr. Rezar eh.

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 23. November 2016

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 425, welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend **Berufsorientierung an Schulen**

Schülerinnen und Schüler benötigen bei der Gestaltung ihrer Bildungslaufbahn bis hin zum Berufseinstieg in mehrfacher Weise Unterstützung. Die relevanten Inhalte hinsichtlich Berufsorientierung und Wirtschaftspraxis sind bereits Teil der Ausbildung in den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen.

Im Lehrplan der Handelsschule steht ausdrücklich in Bezug auf die Ausübung eines qualifizierten Berufes: Nach Abschluss der Handelsschule verfügen die Schülerinnen und Schüler im Besonderen über ein breites Spektrum an Theorie- und Faktenwissen für ihre Berufspraxis; ein breites Basiswissen im allgemeinbildenden und betriebswirtschaftlichen Bereich sowie ein Verständnis für volkswirtschaftliche Prozesse, insbesondere im Sinne der Entrepreneurship Education; die Fähigkeit, eine aktive und verantwortungsbewusste Rolle als Unternehmer, als Arbeitnehmer oder als Konsument einzunehmen; kognitive Fähigkeiten und praktische Fertigkeiten, die sie befähigen, in Unternehmungen einfache kaufmännische Problemstellungen zu lösen und andere Personen bei Routinetätigkeiten anzuleiten; die Kompetenz, die für die Lösung von Aufgaben erforderlichen Informationen selbstständig zu beschaffen sowie Informations- und Kommunikations-technologien zu nutzen und diese situationsgerecht einzusetzen.

Neben dem Unterricht werden im Burgenland aber auch Informations- und Beratungsangebote am jeweiligen Standort der Sekundarstufe I angeboten. Wichtig ist, die Schülerinnen und Schüler in Kontakt mit „nachsulischen Welten“ zu bringen, d.h. ihnen die Möglichkeit zu bieten, persönliche Eindrücke von der Berufs- und Arbeitswelt sowie weiterführenden Bildungsgängen zu erlangen, um unpassende Berufs- und Bildungsentscheidungen möglichst zu vermeiden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge im Zuge der Bildungsreform folgende Maßnahmen prüfen:

- bundesweites schulstandortbezogenes Konzept der Berufsorientierung im Sekundarbereich I
- Installierung eines ausgebildeten Berufsorientierungskordinators an jedem Schulstandort der Sekundarstufe I